

Gemeindevertretung Seeheim-Jugenheim

Drucksache 91/2017/X

- öffentlich -

Betr.:

Kennzeichnungs-, Registrier- und Kastrationspflicht für Freigängerkatzen in der Gemeinde Seeheim-Jugenheim oder Katzenschutzverordnung für das Gebiet der Gemeinde Seeheim-Jugenheim

- Antrag der CDU-Fraktion vom 08.06.2017 -

<u>Beratungsfolge</u>	<u>Termin</u>	<u>Beratungsaktion</u>
Gemeindevertretung	22.06.2017	
Ausschuss für Umwelt- und Naturschutz	15.08.2017	
Haupt- und Finanzausschuss	29.08.2017	
Gemeindevertretung	07.09.2017	

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung beschließt aufgrund des § 21 Abs. 3 der „Verordnung zur Änderung der Delegationsverordnung und anderer Vorschriften“ des Landes Hessen vom 24. April 2015 (Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Hessen Nr.10; 2015 - 30. April 2015), § 13b Tierschutzgesetz (TierSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Mai 2006 (BGBl. I S. 1206, 1313) – geändert durch das Dritte Änderungsgesetz vom 04. Juli 2013 (BGBl. I S. 2182) und Artikel 4 Absatz 90 des Gesetzes vom 07. August 2013 (BGBl. I S. 3154) den Erlass folgender „Katzenschutzverordnung“:

§ 1

Kastrations-, Kennzeichnungs- und Registrierpflicht

(1) Katzenhalter/innen, die ihrer Katze unkontrollierten Zugang ins Freie gewähren, haben diese zuvor von einem Tierarzt kastrieren und mittels Tätowierung oder Mikrochip kennzeichnen sowie registrieren zu lassen. Die Registrierung erfolgt, indem neben den Daten des Mikrochips und/oder der Tätowierung der Name und die Anschrift des Halters/der Halterin in das kostenfreie Haustierregister von Tasso e.V. eingetragen wird.

(2) Dies gilt nicht für weniger als fünf Monate alte Katzen.

(3) Als Katzenhalter/in im vorstehenden Sinne gilt auch, wer freilaufende Katzen regelmäßig Futter zur Verfügung stellt.

(4) Für die Zucht von Rassekatzen können auf Antrag Ausnahmen durch das Ordnungsamt Ausnahmen von der Kastrationspflicht zugelassen werden.
Die übrigen Bestimmungen in den Absätzen 1 -3 bleiben hiervon unberührt.

§ 2

Durchführung und Überwachung

(1) Der Nachweis über die Kastration und die Registrierung ist dem Ordnungsamt auf Verlangen vorzulegen.

(2) Wird eine unkastrierte Katze im unkontrollierten Freigang angetroffen, so kann dem

Halter / der Halterin auferlegt werden, das Tier kastrieren, kennzeichnen und registrieren zu lassen. Ist eine angetroffene unkastrierte Katze nicht gekennzeichnet und registriert und kann ihr Halter/ihre Halterin nicht innerhalb von 48 Stunden identifiziert werden, so können das Ordnungsamt die Kastration auf Kosten des Halters/der Halterin durchführen lassen. Ein vom Halter/von der Halterin personenverschiedener Eigentümer/ personenverschiedene Eigentümerin hat die Maßnahme nach Satz 1 und zu 2 zu dulden.

§ 3 Bußgeldvorschriften

Vorsätzliche oder fahrlässige Zuwiderhandlungen gegen Gebote dieser Verordnung können mit einer Geldbuße geahndet werden. Das Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) in der jeweils geltenden Fassung findet Anwendung.

(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

- a) gegen § 1 Absatz 1 zuwiderhandelt,
- b) entgegen § 2 Absatz 1 die Nachweise auf Verlangen nicht vorlegt.

(2) Die Ordnungswidrigkeiten nach Absatz 1 können mit einer Geldbuße von bis zu fünftausend Euro geahndet werden.

§ 4 In-Kraft-Treten

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Antragsbegründung:

Um einer unkontrollierten Vermehrung der Katzenpopulation in Wald und Flur sowie im bebauten Bereich entgegenzuwirken, sollte die Gemeindevertretung diese Satzung beschließen. Katzen sind von ihrer Art Raubtiere und können in der Fauna erheblichen Schaden an heimischen Arten anrichten. Ziel ist es, darauf hinzuwirken, dass Katzenbesitzer für dieses Thema sensibilisiert werden. Bei halterlosen Katzen soll die Gemeinde eine Handhabe haben, eine weitere Vermehrung der Population zu unterbinden.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Hannjo Nawrath